

# «Für die Taliban sind Frauen noch immer unvollständige Wesen»

**Sima Samar** Das Problem in Afghanistan sei nicht die Stärke der Taliban, sondern die Schwäche der Regierung, sagt die afghanische Sonderbeauftragte für Menschenrechte. Ohne die Garantie von Frauenrechten sei kein dauerhafter Frieden möglich.

**Bernhard Ott**

**Frau Samar, US-Präsident Donald Trump hat die Friedensverhandlungen mit den Taliban gestoppt. Was bedeutet das für das afghanische Volk?** Die Gespräche fanden zwischen den USA und den Taliban statt. Das afghanische Volk war gar nicht dabei. Aber natürlich braucht es den Dialog.

**Selbst mit den Taliban?** Ja. Der Konflikt ist militärisch nicht zu lösen. Es braucht eine ehrliche Debatte über die Beendigung des Blutvergossens im Land. Bei Friedensverhandlungen gilt es aber zu bedenken, dass ein Frieden ohne Respektierung der Menschen- und Frauenrechte nicht nachhaltig sein wird. Friedensgespräche müssen inklusiv sind, das heisst, sie müssen unter Beteiligung von Frauen, Vertretern der Zivilgesellschaft und Opfern des Krieges stattfinden.

**Sie finden, dass eine Einigung über einen Waffenstillstand der Debatte um Frauenrechte nicht vorgezogen werden sollte. Warum?** Ein Waffenstillstand gilt für alle Menschen, auch für Frauen. Er schafft aber erst die Voraussetzungen für Gespräche zwischen den Interessengruppen. Es braucht beides gleichzeitig.

**Ein Ziel der Friedensverhandlungen war der innerafghanische Dialog. Wird dieser noch je stattfinden?** Das weiss zurzeit niemand. Ich bin skeptisch. Die Gespräche mit den USA haben die Taliban aufgewertet und ihnen das Gefühl gegeben, auf der Siegerseite zu stehen. Aber im innerafghanische Dialog muss die Regierung eine wichtige Rolle spielen, obwohl sie grosse Probleme hat.

**Wer kann diesen Dialog lancieren?** Das kann nur die UNO machen. Aber es gibt keinen Grund zur Eile. Je rascher ein Abkommen abgeschlossen wird, desto politischer wird es ausfallen. Ein Friedensvertrag, der mehr ist als eine blosser Machtaufteilung, braucht aber Zeit. Das ist eine der Lehren, die wir aus allen bisherigen Friedensbemühungen ziehen sollten.

**Ihrer Ansicht nach müssen Frauen an den Verhandlungen teilnehmen, die das Taliban-Regime erlebt haben. Warum ist das wichtig?** Jüngere Frauen können sich nicht wirklich vorstellen, welchen Horror Frauen in der Taliban-Zeit durchstehen mussten. Auch wenn ihre Mütter davon erzählen, bleibt es bloss eine Geschichte für sie.

**Glauben Sie wirklich, dass die Taliban auch mit Frauen verhandeln werden?** Die Taliban sagen, sie hätten sich ver-

**Kämpferin für Frauenrechte**

Die Ärztin Sima Samar (62) ist Sonderbeauftragte für Menschenrechte der afghanischen Regierung. In den 1980er-Jahren gründete sie im pakistanischen Exil die Organisation Shuhada, die heute 55 Schulen in Afghanistan betreibt. Samar war 2001/2002 die erste Frauenministerin in Kabul. 2012 erhielt sie den alternativen Nobelpreis. Samar ist Koordinatorin für Peace Women Across the Globe in Afghanistan und war jüngst an einer Tagung in Bern. (bob)

ändert. Und sie hätten aus den Fehlern gelernt, die sie während ihrer Regierungszeit gemacht hätten. Aber sie müssen das den Menschen zuerst noch beweisen. Vor einigen Wochen erst haben Taliban in einem Aussenbezirk von Kabul eine Mädchenschule angezündet. Und im Fernsehen sagte jüngst ein Vertreter der Taliban, dass Frauen keine vollständigen Wesen seien.

**Wie können Friedensgespräche mit einer Gruppe geführt werden, die solche Ansichten vertritt?** Die Taliban werden nicht umhinkommen, die Gleichheit der Menschen zu

**«Die Taliban sagen, sie hätten sich verändert. Und sie hätten aus Fehlern in ihrer Regierungszeit gelernt.»**

akzeptieren, wie sie seit einigen Jahren in der afghanischen Verfassung festgeschrieben ist. Sie sollten darüber nachdenken, wie Männer vollständig sein können, wenn sie von einer angeblich unvollständigen Mutter geboren wurden.

**Haben Sie darüber schon mit den Taliban gesprochen?** Ich habe das im Fernsehen gesagt und sage es auch an Veranstaltungen.

**Sie mussten 2002 ihren Posten als Frauenministerin räumen, weil Sie Todesdrohungen erhielten. Werden Sie weiterhin bedroht?** Ich kann mich nicht frei zu Fuss in der Stadt bewegen und muss immer den Wagen nehmen. Und ich habe vier bewaffnete Bodyguards, die 24 Stunden am Tag um mich herum sind. Aber ich glaube daran, dass Menschen sich zum Besseren verändern können. Ich frage die Taliban immer wieder, wie lange sie denn noch die Leute töten und selbst getötet werden wollen. Sie müssen lernen, das Individuum zu akzeptieren. Ich habe kein Problem damit, wie die Taliban leben, solange sie die anderen damit in Ruhe lassen.

**Selbst wenn sie in ihren Familien Gewalt anwenden?** Das geht natürlich nicht. Aber man sollte den Menschen keine Ideologie eingeben wollen. Ich habe seit der Sowjetzeit alle möglichen Regierungen erlebt, von links bis rechts. Unter allen Regimes wurden Frauenrechte verletzt und Frauen geschlagen.

**Wie steht es mit der Gleichstellung im Alltag? Wie viele Mädchen gehen zur Schule?**

Nach Angaben der Regierung sind 37 bis 39 Prozent der Schulkinder Mädchen. An der Universität beträgt die Frauenquote 25 Prozent. Es braucht Zeit, die in der Verfassung festgeschriebene Gleichstellung Realität werden zu lassen. Selbst in den Städten gehen nicht alle Mädchen zur Schule, meist wegen der Armut oder weil es die Familie nicht zulässt. In ländlichen Gebieten gehen nur wenig Mäd-



Sie habe nichts Besonderes getan, aber in ihrem Land seien die Umstände schwierig, sagt Sima Samar. Foto: Franziska Rothenbühler

## Erdogans Schalmeienklänge

**Leitartikel** Der türkische Einmarsch in Syrien verlängert den Krieg mit der PKK – und gefährdet Schweizer Gefangene, die dort interniert sind.

**Kurt Pelda**

Es gehe um Frieden in Syrien und um die Rückkehr syrischer Flüchtlinge in ihr Heimatland, lautet Ankaras offizielle Erklärung für die türkische Invasion in Nordsyrien. Nichts könnte zynischer sein als diese Lügen. Wer Städte bombardiert, schafft selten Frieden – und verurteilt zuerst einmal neue Vertriebene.

Doch beginnen wir mit einer der ganz wenigen Behauptungen Ankaras, die einen Wahrheitsgehalt haben. Pauschal verunglimpft der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan die in Nordsyrien beheimateten Syrian Democratic Forces (SDF) als Terroristen, obwohl diese zusammen mit den USA und anderen westlichen Kräften das Kalifat des sogenannten Islamischen Staats (IS) zertrümmert haben.

Die SDF bestehen mindestens zur Hälfte aus arabischen Kämpfern. Ihr stärkster Teil, die kurdisch dominierten Volksverteidigungskräfte (YPG), sind allerdings – wie von Ankara korrekt dargestellt – der verlängerte Arm der türkisch-kurdischen PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) in Syrien. Und die PKK gilt in den meisten Ländern des Westens – Ausnahme ist die Schweiz – als Terrororganisation.

Zwischen PKK und YPG einerseits und Terrorbewegungen wie dem IS oder al-Qaida andererseits liegen jedoch Welten. Und es war Erdogan, der jahrelang beide Augen zugedrückt hat, als Jihadisten aus aller Welt via Türkei zum IS und zu al-Qaida in Syrien strömten. Wenn Ankara behauptet, es bekämpfe mit seiner jüngsten Invasion gleichermassen die Terroristen der SDF und des IS, dann ist das nur Hohn.

Zusammen mit ihren syrischen Soldaten versuchen die Türken nun einen Keil in das Gebiet der SDF zu treiben. Was die Kurden Rojava

**Der Westen sollte Ankara sofort mit Wirtschaftssanktionen in die Schranken weisen.**

nennen, die Region in Syrien an der Grenze zur Türkei, soll in einen westlichen und einen östlichen Teil zerfallen, damit der Nachschub der SDF erschwert wird.

Die amerikanischen Truppen haben Syrien nicht verlassen, sondern sich nach Süden zurückgezogen, um den Türken auszuweichen. Weiter südlich, am Euphrat, wo die Verbände des syrischen Herrschers Bashar al-Assad die SDF mit Artillerie beschossen haben, sollen US-Kampfflugzeuge eingegriffen haben, um den SDF einen Zweifrontenkrieg zu ersparen.

Die wahren Absichten Ankaras sind leicht zu erkennen: Geschaffen werden soll ein euphemistisch «Sicherheitszone» genannter Korridor von 30 Kilometer Tiefe direkt südlich der türkischen Grenze, frei von SDF-Kämpfern. Dort sollen ein bis zwei Millionen syrische Flüchtlinge angesiedelt werden, die jetzt in der Türkei leben.

Die Bevölkerungszentren der Kurden in Syrien liegen alle in dieser «Pufferzone», südlich davon schliessen sich arabische Siedlungsgebiete an. Gelingt es Ankara, die vielleicht eine Million Kurden in diesem Korridor zu vertreiben, um dort syrische Araber anzusiedeln, entspräche das einer ethnischen Verschiebung in gigantischem Ausmass. Damit würde die Arabisierung der syrischen Kurdengebiete, die das Assad-Regime schon in den Siebzigerjahren

vorangetrieben hat, durch die Türken vollendet.

Das wird die PKK niemals akzeptieren, es wäre das Rezept für einen nicht enden wollenden Krieg. Deshalb sollte der Westen Ankara sofort mit Wirtschaftssanktionen in die Schranken weisen. Dass dies geschieht, ist aber eher unwahrscheinlich, denn gerade die Europäer lassen sich von Erdogans Drohung schrecken, die 3,6 Millionen syrischen Flüchtlinge in der Türkei am Ende nach Europa zu schicken.

Grosser Profiteur der türkischen Invasion ist der IS, der sich mit Terroranschlägen in Syrien und im Irak wieder bemerkbar macht. Die Terroristen warten nur auf eine Gelegenheit, ihre Gesinnungsgenossen, Ehefrauen und Kinder zu befreien, die jetzt noch in kurdischen Gefängnissen und Internierungslagern einsitzen.

Dort befinden sich mindestens drei Schweizer Kämpfer sowie zwei Frauen und sieben Kinder mit Schweizer Bürgerrecht – unter ihnen zwei von ihrer Mutter entführte Genfer Mädchen. Wie Hohn klingt es heute, dass das Aussendement mit Blick auf diese beiden Entführungsoffer noch Mitte August schrieb, dass «eine türkische Intervention im Moment nicht vorstellbar» erscheine.

Wie konnten die Bürokraten in Bundesbern zu so einer Fehleinschätzung gelangen? Diese Zeitung hat schon im März vor dem Szenario eines amerikanischen Rückzugs und dem daraus resultierenden Chaos gewarnt. Sollte den Schweizer Kindern in Nordsyrien etwas zustossen, trifft den Bundesrat, der diese Schweizer schon lange hätte heimführen können, eine Mitschuld. Umso wichtiger wäre es jetzt, zumindest die Kinder und ihre Mütter zurückzubringen, bevor es zu spät ist.

chen zur Schule, in Taliban-Gebieten ohnehin keine. Es ist die Aufgabe des Staates, die Bevölkerung zu schützen und ihr Zugang zu Bildung zu verschaffen.

**Sie haben aber in einem Interview gesagt, dass die Regierung die Schlacht um die Herzen der Menschen verloren habe.**

Das Problem in Afghanistan ist nicht die Stärke der Taliban, sondern die Schwäche der Regierung. Eine schlechte Regierung führt zu Korruption, Nepotismus und einem Mangel an elementarsten Sozialleistungen. Die Menschen in Afghanistan sind nicht anspruchsvoll. Sie wollen Sicherheit und Zugang zu sozialen Dienstleistungen. In Kabul leben sechs Millionen Menschen. Es gibt viele schlecht und illegal gebaute Häuser ohne Wasserversorgung und Elektrizität. Diese Gebäude gibt es nur wegen der Korruption. Aber es gibt keine öffentliche Toilette für Frauen.

**Sie können nicht in ein Restaurant? Das ist in unserem Land nicht üblich. Zudem gibt es nur wenig Restaurants.**

**Wie steht es mit anderen Freiheitsrechten? Können Frauen Sex vor der Ehe haben?**

Das ist aus religiösen Gründen nicht erlaubt. Kommt es trotzdem dazu, wird das Paar von den Familien zur Heirat gedrängt.

**Wird häusliche Gewalt bestraft?** Afghanistan hat zum ersten Mal in seiner Geschichte ein Gesetz, das häusliche Gewalt unter Strafe setzt. Aber häusliche Gewalt ist weit verbreitet, und sie ist ein Tabu. Viele Opfer wagen es nicht, Anzeige zu erstatten. Seitdem die Frauenministerin in den Medien die Opfer

**«Kommt es zu Sex vor der Ehe, wird das Paar von den Familien zur Heirat gedrängt.»**

aufgerufen hat, sich zu melden, gibt es Anzeigen. Aber wenn ein Mann wegen häuslicher Gewalt für drei Monate ins Gefängnis kommt, muss die Frau die Familie selber ernähren. Wenn man acht Kinder, keinen Job und keine Unterstützung vom Staat hat, ist das schwierig. Das ist auch ein wichtiger Grund, warum es nur wenig Anzeigen gibt.

**Gab es eine #MeToo-Bewegung in Afghanistan?**

Es gab Wortmeldungen von Frauen. Allerdings wurden die Berichte nicht unter den tatsächlichen Namen veröffentlicht, weil die Frauen sonst zur öffentlichen Zielscheibe geworden wären. An einer Versammlung habe ich einmal erlebt, dass eine junge Frau offen über Belästigungen berichtet hat. Aber das war eine grosse Ausnahme.

**Wie hoch ist die Arbeitslosigkeit?** Sehr hoch. Und seit dem US-Embargo gegen den Iran ist sie noch gestiegen, weil dadurch 700 000 junge Afghanen

ihren Job verloren haben und nach Hause geschickt wurden. Auf dem Weg zum Flughafen in Kabul gibt es Orte, wo sich Tagelöhner für Bauarbeiten, Putzen oder Gartenarbeit melden können. Die Schlangen dort sind oft riesig. Für Frauen gibt es ohnehin kaum Jobs. Wir haben zum Beispiel viele Absolventinnen und Absolventen in der Lehrerausbildung, weil das ein wenig anspruchsvoller Studiengang ist. Wir haben entsprechend zu viele Lehrer, zumal Frauen wegen der Unsicherheit in weiten Teilen des Landes nicht unterrichten können. Trotzdem steckt die Regierung viel Geld in diese Ausbildung, anstatt Elektriker, Spengler oder Schreiner auszubilden.

**Was geschieht nach einem möglichen Abzug der US-Truppen? Die militärische Überlegenheit liegt doch bei den Taliban?**

Ich denke nicht, dass die USA aus Afghanistan abziehen werden – schon nur aus strategischen Gründen, weil Afghanistan zwischen dem Iran, China und Russland liegt. Aber auch wenn es so weit kommen sollte, haben wir heute Sicherheitskräfte, die zurückschlagen können. Wichtiger als das Militärische ist aber das Politische.

**Wie populär sind denn die Taliban?**

Die Taliban sind nicht wirklich populär. Bei den von ihnen boykottierten Wahlen ist die Beteiligung jeweils hoch – trotz der Anschläge, die es immer wieder gibt. Die hohe Wahlbeteiligung zeigt den Taliban, dass ihre Politik nicht gefragt ist. Der einstige Aussenminister der Taliban und der einstige Minister für islamische Moral hatten 2005 fürs Parlament kandidiert. Und sie wurden nicht gewählt. Aber die Regierung ist auch nicht wirklich fähig, faire Wahlen durchzuführen. So ist etwa der Stimmenkauf angesichts der Armut weit verbreitet.

**Zwei bis drei Millionen Menschen haben das Land verlassen. Wer sind die Flüchtlinge?**

Nur wohlhabende Menschen können sich die Schleuser leisten. Sie legen das Geld in der Familie zusammen, um einen der Söhne nach Europa zu schicken, damit er Geld nach Hause schickt. Man kann die Menschen nicht an der Flucht hindern. Wer keine Hoffnung mehr hat, der geht.

**Warum haben Sie denn Hoffnung?**

Ich bin überzeugt, dass Bildung der Schlüssel zum Wiederaufbau der Gesellschaft ist. Ich betreibe eine Universität in Kabul. Wir unterrichten die Studierenden unter anderem in Friedensarbeit und Gender. Wir lassen sie etwa aufschreiben, wer was macht zu Hause. Dabei realisieren einige, dass alles von den weiblichen Familienmitgliedern abhängt. Ein Student hat mir einmal gesagt, dass er nun seinen Tee selber mache und nicht mehr die Schwester damit beauftrage. Das sind kleine Schritte. Aber das ist letztlich Gewaltprävention in der Familie, weil die Arbeit der Mütter mehr geschätzt wird.

**Bei der Verleihung des alternativen Nobelpreises sagten Sie, Sie hätten nichts Besonderes getan. Das ist doch eine Unterbreitung?**

Das gilt noch immer: Jeder kann sich für Bildung und Gesundheit einsetzen. In Afghanistan sind halt die Bedingungen dafür sehr schwierig.

Orlando

